DIE WESERMARSCH IST GRÜN.

Kreiswahlprogramm 2021

INHALTSVERZEICHNIS

KLIMASCHUTZ: UNSERE WESERMARSCH FÜR UNSERE KINDER UND ENKELKINDER 3

MOBILITÄT FÜR ALLE STATT AUTOBAHNWAHN 4

FÜR GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN DER WESERMARSCH 5

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER WESERMARSCH 5

TOURISMUS: WEIL WIR LEBEN, WO ANDERE URLAUB MACHEN 6

KLIMAWANDEL UND WESERVERTIEFUNG PASSEN NICHT ZUSAMMEN 6

JUNGEN MENSCHEN EINE STIMME GEBEN 7

GESUNDHEIT 7

FLÄCHENNUTZUNG, NACHHALTIGES WOHNEN, BAUEN & PLANEN 8

BILDUNG 8

INKLUSION DURCH BERATUNG UND UNTERSTÜZUNG VORANBRINGEN 9

NATURSCHUTZ: UNSEREN LEBENSRAUM WERTSCHÄTZEN 9

TIERSCHUTZ 9

FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT 10

BÜRGERBETEILIGUNG & TRANSPARENZ: POLITIK GEMEINSAM MACHEN 10

KLIMASCHUTZ: UNSERE WESERMARSCH FÜR UNSERE KINDER UND ENKELKINDER

Klimaschutz ist für uns hier in der Wesermarsch überlebenswichtig. Er bietet aber auch so viele Chance für ein gutes Leben, eine starke Wirtschaft und eine sichere Zukunft. Die Sicherheit der Wesermärschler*innen muss höchste Priorität haben. Gemeinsam mit den Deichbänden und den Entwässerungsverbänden sowie den wichtigen Katastrophenschützer*innen müssen alle Maßnahmen im Umgang mit der Klimakatastrophe regelmäßig auf den Prüfstand.
Zugleich ist jede Möglichkeit zu nutzen, den CO_2-Ausstoß zu vermindern. Dabei muss der Landkreis Wesermarsch eine Vorreiterrolle übernehmen und dies auch regelmäßig kommunizieren. Wir fordern daher:

1. Das Klimaschutzkonzept des Landkreises wird aktualisiert und mit konkreten Zielen versehen.
2. Die Landkreisverwaltung und ihre Liegenschaften müssen bis 2035 klimapositiv werden.
3. Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe der Verwaltung und sämtliche Beschlüsse werden auf ihre Klimawirkung geprüft.
4. Den energieeffizienten Ausbau sämtlicher Kreisliegenschaften zu Plus-Energie-Gebäuden.
5. Die Einführung einer Pflicht zur CO_2 -Bilanzierung.
6. die Einführung eines kreisweiten Flächen- und Solarkatasters, denn bundesweit sind 89 % aller geeigneten Dachflächen ungenutzt.
7. Die Unterstützung des Ausbaus von erneuerbaren Energien, inklusive der Windenergie, in einem landschaftsverträglichen Maß. Denn ohne sie kann die Umstellung auf die Wasserstofftechnologie nicht gelingen.
8. Grüner Wasserstoff wird für die Industrie, Logistik und Schifffahrt vorbehalten. Wasserstoff ist eine große Chance für die Wesermarsch und unsere Industrie. Aber er ist rar und energieintensiv herzustellen.
9. Die Entwicklung eines Leitfadens für klimafreundliches Bauen, Sanieren und Gemeindeentwicklung um die Kommunen und Kommunalpolitiker*innen in den Stadt- und Gemeinderäten zu unterstützen.
10. Den Ausbau der Energieberatung im Landkreis.
11. Den Ausbau von umweltfreundlicher Mobilität voranzutreiben.
12. Der Fuhrparks des Kreises und der VBW sollen nach und nach elektrifiziert werden. Lasternräder ergänzen die Dienstfahrräder.
13. Den Beitritt der Wesermarsch zum KlimaBündnis (klimabuendnis.org)

MOBILITÄT FÜR ALLE STATT AUTOBAHNWAHN

Wir wollen bezahlbare Mobilitätschancen für alle: Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, egal wie alt, egal ob man ein Auto hat oder nicht. Die Autobahn 20 lehnen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf allen Ebenen konsequent ab, da sie durch Flächenfraß und Moorbodenzerstörung die klimaschädlichste Autobahn Deutschlands wäre. Aktuell werden der öffentliche Personennahverkehr sowie Radfahrer*innen und Fußgänger*innen bei der Verkehrsplanung benachteiligt. Mit großem Engagement haben sich die Bürger*innen im Landkreis bei der Erarbeitung von Mobilitätskonzepten eingebracht. Bei diesem Projekt des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur sind wirksame Vorschläge mit ergänzenden Buslinien, optimierten Haltestellen und besseren Fahrradwegen entstanden. Wir setzen uns dafür ein, dass unter Federführung des Landkreises gemeinsam mit den Kommunen die Vorschläge umgesetzt werden:

- Wir GRÜNE fordern einen Ausschuss, der sich konkret dem Thema Mobilität widmet.
- Ein laufend zu aktualisierendes Mobilitätskonzept für den Landkreis soll erstellt und abgearbeitet werden.

Die Bausteine für die Mobilitätswende im Landkreis Wesermarsch sollen nach GRÜNER Vorstellung sein:

1. Stärkung der Fahrradinfrastruktur
2. Ausbau und Modernisierung eines sozialgerechten Öffentlichen Personennahverkehrs
3. Car-Sharing und Lastenrad-Sharing auch in den Dörfern
4. Brauchbares Internet für alle Wesermärschler*innen
5. Förderung von kommunalen Co-Working-Spaces.

Damit das Fahrradfahren noch attraktiver wird, muss das Fahrradwegenetz weiter ausgebaut und Lücken geschlossen werden. Das vorhandene Radwegenetz muss überarbeitet und sowohl den gesetzlichen Bestimmungen angepasst als auch "radfahrfreundlich" (z.B. Bordsteinabsenkung, gesetzeskonforme Breite) ausgebaut werden. Die eigenständige Radwegebeschilderung wird gepflegt und erweitert. In der gesamten Wesermarsch muss es sichere Abstellmöglichkeiten an Bushaltestellen, Bahnhöfen und anderen Verkehrsknotenpunkten geben.
Die Verkehrsbetriebe Wesermarsch wollen wir dabei unterstützen, den Fuhrpark nach und nach auf CO_2-arme Antriebe umzurüsten: Die Infrastruktur für E-Mobilität wollen wir zügig ausbauen.
Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bus, Bahn und Fähren soll konsequent verbessert werden. Wir streben die Aufnahme der Fähren in den Tarif des VBN (Verkehrsverbund Bremen – Niedersachsen) an. Außerdem wollen wir die kostenfreie Überfahrt der Stedinger Fähren für Fußgänger und Fahrradfahrer mit dem Land Bremen verhandeln.

ÖPNV Verbindungen müssen an den Bedarf von Bürger*innen angepasst werden. Vor allem Jugendliche müssen am Wochenende nachts nach Hause kommen. Wir streben an, die Partybusse wieder einzusetzen. Der ÖPNV muss attraktiver sein, damit das Auto öfter stehen bleiben kann und Familien eine echte Alternative zum Zweitauto auf dem Land haben.

FÜR GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN DER WESERMARSCH

Wir wollen, dass der Landkreis weiterhin die finanzschwachen Kommunen durch einen Strukturfonds (Ausgleichsfonds) unterstützt, denn für alle Wesermärschler*innen sollten möglichst gleiche Lebensbedingungen herrschen. Gegenüber allen Kommunen in der Wesermarsch muss der Kreis seine Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion aktiv wahrnehmen. Maßnahmen wie die Kitaplatz-Umlage wollen wir umbauen. Die Wesermarschkommunen zahlen eine sehr hohe Kreisumlage. Die Notwendigkeit einer Kreisumlage in dieser Höhe ist künftig durch den Landkreis transparent darzustellen und zu begründen.

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER WESERMARSCH

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine ökologische, soziale und ökonomisch nachhaltige Entwicklung der Wesermarsch. Die Wirtschaft in der Wesermarsch zeigt sich vielfältig. Herausforderungen sind nicht nur der Fachkräftemangel, sondern auch zunehmender Flächendruck in der Landwirtschaft und global schwindende Ressourcen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in der Wesermarsch besonders gering. Qualifizierte, junge Frauen wandern ab. Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Wesermarsch fordern wir:

1. die Einrichtung eines Gründungszentrums am Fachhochschulstandort Elsfleth oder am Technologiezentrum Nordenham.
2. die Verkürzung von Genehmigungsverfahren.
3. die Einrichtung eines Logistikzentrums am Fachhochschulstandort Elsfleth, um fachliche Kompetenzen zu bündeln, den Logistikbereich der berufsbildenden Schulen zu stärken und einer Abwanderung von Auszubildenden entgegenzuwirken.
4. die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, indem sie wieder in die Kreisverwaltung integriert wird, sich um die Förderung aller Gewerbetreibenden, bei Bedarf auch der Kommunen kümmert und das Ziel Nachhaltigkeit verfolgt. Alle Kreistagsfraktionen müssen in den Gremien eingebunden werden, damit Transparenz gewährleistet wird und die Wirtschaftsförderung nicht weiterhin ein Spielball von Einzelinteressen ist.

TOURISMUS: WEIL WIR LEBEN, WO ANDERE URLAUB MACHEN

Der Tourismus spielt neben Industrie, Schiffbau und Landwirtschaft eine immer größere Rolle in unserem Landkreis. Damit die augenblicklich starke Nachfrage eine nachhaltige wird und bleibt, ist es dringend erforderlich, die (kommunale) Infrastruktur zu optimieren. Hiermit sind einzelne Kommunen manchmal überfordert. Damit wichtige Großprojekte (zum Beispiel die Aufwertung des Fähranlegers Eckwarderhörne, das Strandbad Sehestedt), die für den ganzen Landkreis von Bedeutung sind, auch tatsächlich umgesetzt werden können und nicht an fehlenden Mitteln oder Personalkapazitäten der Einzelgemeinden scheitern, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Kreis und Gemeinden in diesem Bereich weiter stärken und einen Infrastrukturfonds zur Kofinanzierung auflegen.
So wollen wir auch vermeiden, dass Fördermittel möglicherweise nur deshalb nicht genutzt werden können, weil die einzelne Gemeinde die Gegenfinanzierung nicht allein aufbringen kann.

KLIMAWANDEL UND WESERVERTIEFUNG PASSEN NICHT ZUSAMMEN

Die Hochwasserkatastrophe in diesem Sommer 2021, die vor allem in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zahlreiche Menschenleben gekostet und Schäden in Milliardenhöhe verursacht hat, sollte spätestens jetzt die letzten Zweifler*innen überzeugt haben: Der Klimawandel ist längst bei uns angekommen. Auch wir in der Wesermarsch müssen mit Starkregenereignissen und mit häufigeren und höher auflaufenden Fluten rechnen.

Vor diesem Hintergrund verbietet sich jede weitere Weservertiefung! Wer angesichts des spürbaren Klimawandels noch an einer Weservertiefung festhält, gefährdet unser aller Sicherheit! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auf allen politischen Ebenen mit allen politischen Mitteln dafür einsetzen, dies zu verhindern. Die Versalzung des Grabenwassersystems und die damit einhergehende Verschlechterung der Ökosysteme in den Gräben sind Auswirkungen der früheren Vertiefungen und müssen endlich durch ein Folgemodell des Generalplans Wesermarsch behoben werden - ohne einer erneuten Vertiefung zuzustimmen. Strände sind verschlickt und abgebrochen, der Fedderwarder Priel verschlickt und der Hafen droht nicht mehr nutzbar zu werden. Schlick und Hochwasser bedrohen unsere Industrie entlang der Weser.
Die Verursacher- das Land Niedersachsen, das Land Bremen und der Bund - müssen endlich Verantwortung für die von ihnen durch frühere Vertiefungen angerichteten Schäden übernehmen. Wer die Umsetzung eines Generalplanmodells an die Zustimmung zur neuen Weservertiefung knüpft, handelt unglaubwürdig und unehrlich.

JUNGEN MENSCHEN EINE STIMME GEBEN

Teilhabe und Mitwirkung junger Menschen an politischen Prozessen und Entscheidungen sind uns wichtig. Wer in jungen Jahren die Erfahrung macht, dass Einmischen Folgen hat und etwas bewirken kann, erlebt Demokratie hautnah. Die Niedersächsische Kommunalverfassung sieht Kinder- und Jugendbeteiligung vor. Doch sie wird oft nicht umgesetzt. Wir wollen deshalb gemeinsam mit den maßgeblichen Akteur*innen im Kreistag ein Beteiligungskonzept entwickeln, das genaue Wege und Ziele nennt, aber auch Prioritäten setzt. Damit soll allen Kindern und Jugendlichen die Chance eingeräumt werden, an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Kinder- und Jugendpartizipation bei Vorhaben, die sie besonders betreffen, sollen projektbezogen organisiert werden. Wir regen die Bildung eines Jugendklimarates nach dem Vorbild der Stadt Bremerhaven an.

GESUNDHEIT

Die Coronapandemie hat deutlich gemacht, dass wir der medizinischen Versorgung und der Gesundheitsvorsorge mehr Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir setzen uns dafür ein, beide Krankenhausstandorte in der Wesermarsch zu erhalten. Sie können auch für die fach- und hausärztliche Versorgung wichtige Ankerpunkte sein. Wo keine niedergelassenen Ärzte tätig werden, muss sich der Landkreis neben der Kassenärztlichen Vereinigung möglichst um die Unterstützung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) kümmern. Wir wollen das Gesundheitsamt stärker aufstellen und streben die Wiedereröffnung einer Außenstelle in Nordenham an. Die Gesundheitsprävention an den Schulen wollen wir stärken.

Spielsucht zerstört Familien und bedeutet häufig den finanziellen Ruin der Betroffenen. Deswegen intensivieren wir die Spielsuchtprävention vor Ort. Wir setzen uns für eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Spielsuchtberatung im Landkreis ein. Der Landkreis soll die Kommunen beraten, die Eröffnung neuer Glücksspielstätten in der Kommune zu begrenzen. Hierzu nutzen wir alle Möglichkeiten, die uns kommunalpolitisch zur Verfügung stehen. Um als Landkreis die Krankenhäuser als attraktiven Arbeitgeber zu unterstützen, sollen Kinderbetreuungseinrichtungen für Arbeitnehmer*innen, die im Schichtdienst tätig sind, ermöglicht und gefördert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass für jede Schwangere eine angemessene **Hebammenbetreuung** zur Verfügung steht. Die Hebammenzentrale der Wesermarsch soll gestärkt und den Hebammen weiterhin eine Kilometerpauschale gezahlt werden. Pflegende Angehörige leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Versorgung von Älteren und Pflegebedürftigen. Wir wollen die in der Wesermarsch vorhandenen Beratungs-, Unterstützungs- und Schulungsangebote für pflegende Angehörige ausweiten. Pflege, insbesondere bei fortschreitender oder langandauernder Pflegebedürftigkeit, sollte nicht zur Überlastung der Pflegenden und damit zum Gesundheitsrisiko werden. Die Heimaufsicht muss personell verstärkt werden, damit sie ihrem Beratungsauftrag für Bewohner*innen, Angehörigen, Mitarbeiter*innen und Trägern nachkommen und für eine Sicherstellung der angemessenen Qualität der Betreuung und Pflege in der Einrichtung sorgen kann.

Einmal im Jahr wollen wir alle Pflegedienste der Wesermarsch einladen, und sie bitten über ihre Situation zu berichten. Zu prüfen ist, ob Pflegedienste, die Außenbezirke bedienen, zusätzliches Kilometergeld bekommen.

FLÄCHENNUTZUNG, NACHHALTIGES WOHNEN, BAUEN & PLANEN

Fläche ist eine endliche Ressource und wir verschwenden sie in der Wesermarsch. Um die Interessen von Landwirtschaft, Industriebetrieben und Gewerbe in Einklang zu bringen, lehnen wir die flächenfressende A20 ab. Auch in der Wesermarsch explodieren Pacht-, Grundstücks- und Mietpreise. Alleinerziehende oder Familien mit geringem Einkommen haben immer öfter Probleme Wohnraum zu finden. Um Fläche zu schonen und die Wesermarsch zukunftsfähig zu entwickeln, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. Genossenschaftsgründung zur Bereitstellung von sozialem Wohnraum.
2. Einführung eines Wesermarsch-Bodenfonds
3. mehr Transparenz über den Grundstücksverkehrsausschuss, indem seine Beschlüsse im Kreistag erläutert werden.
4. Entwicklung eines Leitfadens für klimafreundliches Bauen, Sanieren und Gemeindeentwicklung um die Kommunen und Kommunalpolitiker*innen zu unterstützen.
5. Hitzeschutzpläne zum Zwecke der Gesundheitsförderung, z.B. für Altenpflegeheime und Krankenhäuser in die Regionalplanung aufnehmen.
6. Vollzug des gültigen Baurechts um der Verschotterung von Vorgärten entgegenzuwirken
7. alternative Wohnprojekte, wie Tiny-Haussiedlungen zu unterstützen

BILDUNG

Die Bildungsregion Wesermarsch muss endlich ihrer eigentlichen Aufgabe, der Vernetzung aller Akteure im Bildungsbereich, nachkommen. Dem drohenden Lehrermangel insbesondere in der nördlichen Wesermarsch soll der Schulträger durch eine besonders gute Ausstattung der Schulen begegnen. Dazu können auch gut ausgestattete Lehrer*innenarbeitsplätze in den Schulen beitragen. Ein hohes Tempo bei der Digitalisierung der Schulen ist erforderlich. Angesichts der demografischen Entwicklung muss ein besonderes Gewicht auf die Schulentwicklung im Landkreis gelegt werden, damit rechtzeitig transparent mit allen Beteiligten gehandelt werden kann. Ziel muss dabei sein, für alle Schülerinnen und Schüler trotz zurückgehender Zahlen ein Bildungsangebot in erreichbarer Nähe vorzuhalten, welches alle Möglichkeiten, einen Schulabschluss der Sekundarstufe I und II zu erreichen, bereitstellt. Ausdrücklich ist mit dieser Zielsetzung auch die Einrichtung von Integrierten Gesamtschulen zu prüfen.

INKLUSION DURCH BERATUNG UND UNTERSTÜZUNG VORANBRINGEN

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006 fordert Inklusion und Teilhabe in allen Lebensbereichen. Häufig stehen Erziehende von Kindern mit besonderen Bedarfen unsicher vor der Entscheidung, welche Schullaufbahn für ihr Kind richtig ist, oder sie finden nach der Schule keine oder nicht die richtige Ausbildungsmöglichkeit für ihr Kind.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen für Kinder, Jugendliche und Eltern, die Beratung und Unterstützung zu Fragen der Inklusion suchen, im Landkreis Wesermarsch eine unabhängige Anlaufstelle Inklusion einrichten. Sie soll als Informationsdrehscheibe den Hilfesuchenden die passgenaue Beratung und Hilfe vermitteln, damit sie für sich oder ihre Kinder die beste Lösung finden.

NATURSCHUTZ: UNSEREN LEBENSRAUM WERTSCHÄTZEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben dem Naturschutz eine Stimme im Kreistag. Wir setzen uns für einen schonenden Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ein. Eine intakte und vielfältige Umwelt ist unabdingbare Voraussetzung für das Wohlbefinden der Bürger*innen der Wesermarsch und auch der Gäste. Sie ist eine entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der vom Tourismus geprägten Küstenregion.
Wir wollen Naturschutz als Prinzip des Verwaltungshandelns, indem die Perspektive des Naturschutzes bei allen Entscheidungen berücksichtigt wird. Unsere Forderungen sind:

- Die konsequente Umsetzung des Niedersächsischen Weg
- Personelle Aufstockung der Naturschutzbehörde um die Pflegepläne der FFH-Gebiete zu vollziehen
- Naturschutzbildung und Erlebnispfade ausbauen um die Funktion einer intakten Natur erlebbar zu machen
- Einsetzen einer Arbeitsgruppe Wolf & Weidehaltung mit Naturschutz und Landwirt*innen, um Verständnis für die gegenseitigen Positionen zu schaffen

TIERSCHUTZ

Die Kastrationspflicht für Katzen besteht auch in der Wesermarsch. Leider sind momentan zu wenige personelle Kräfte für die Überprüfung vorhanden. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, Vereine vor Ort zu unterstützen, die sich um ausgesetzte und/oder verlorene Tiere kümmern. Die Gemeinden und Städte müssen dazu verpflichtet sein, Kastrationskosten von freien Tieren zu übernehmen.

Ein Tierheim in der Wesermarsch, wie es die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits beantragt hatte, wäre eine gute Lösung für viele Probleme, die es mit ausgesetzten oder verwahrlosten Tieren gibt. Finanziell unterstützt werden müssen besonders Tiersuchdienste oder Tierschutzvereine.

FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT

Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung, Toleranz und Fairness, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Wesermarsch setzen sich für ein offenes Auftreten gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und rechtsextremen Tendenzen ein. Wir verurteilen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit und setzen uns aktiv für eine demokratische Zivilgesellschaft ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten lokale Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus stärken. Kommunale Schulprojekte gegen Rechtsextremismus benötigen mehr Unterstützung. Wir GRÜNE im Kreistag haben dafür gesorgt, dass die Wesermarsch sich endlich an einem Frauenhaus beteiligt und die Hebammenversorgung gestärkt wird. Daran gilt es auch weiterhin zu arbeiten. Darüber hinaus wollen wir:

1. Beratungen über Lebensrealität von Regenbogenfamilien in den Jugendämtern und Familienberatungsstellen verankern
2. Beratungen für Trans*- und Inter*-Personen sicherstellen.
   Der etablierte Verhütungsmittelzuschuss muss erhalten bleiben, damit Frauen unabhängig von Geldbeutel sexuell selbstbestimmt leben können.

BÜRGERBETEILIGUNG & TRANSPARENZ: POLITIK GEMEINSAM MACHEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Politik transparenter und bürgernah zu gestalten. Ausschüsse sollten öfter außerhalb des Kreishauses tagen und Bürger*innen zu konkreten Themen einladen. Hybridsitzungen, digital und in Präsenz, müssen zur Normalität werden. Das schafft Bürgertransparenz, erleichtert es aber auch Job, politisches Ehrenamt und Familie unter einen Hut zu bringen. Weiterhin müssen Ausschüsse zu Zeiten anfangen, an denen Berufstätige ohne Nachteile teilnehmen können. Die Barrierefreiheit der Ausschusssitzungen muss sichergestellt werden. Wir wollen über die Geschäftsordnung sicherstellen, dass Bürger*innen bei jedem Tagesordnungspunkt zu Wort kommen können. Grundsätzlich haben alle Themen in öffentlichen Ausschüssen und in öffentlichen Kreistagssitzungen beraten und entschieden zu werden, wie es das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vorgibt. Ausnahmen außerhalb von Personalangelegenheiten müssen begründet werden. Wir fordern, grundsätzlich schriftliche

Beschluss- und Berichtsvorlagen, damit sich Öffentlichkeit wie auch Kreistagsabgeordnete besser vorbereiten können.
Wir werden eine erneute Informationsfreiheitssatzung einführen, die es Bürger*innen ermöglicht, Informationen von der Kreisverwaltung über ihr Handeln einzufordern. Wir möchten, dass Fraktionen den Fraktionsvorstand auch in einer Doppelspitze organisieren können, um Ehrenamtlichen, die Care-Arbeit leisten, diese Aufgabe zu erleichtern.